

27.11.2009

„Spirale der Armut droht“

Arbeiterwohlfahrt kritisiert Pläne der Bundesregierung



gn Nordhorn. „Ein starker, solidarisch finanzierter Sozialstaat, in dem derjenige mehr zahlt, der auch mehr hat, ist absolut wichtig“, meint Geschäftsführerin Sigrid Stinn. Das zeige gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Awo warnt davor, im Bereich von Gesundheit und Pflege eine Politik zugunsten derjenigen zu verfolgen, die sich bevorzugte Behandlungen im Bereich Gesundheit und Pflege privat leicht leisten können. Wer einem Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Kosten für Gesundheit und Pflege das Wort rede, der riskiere die Vertiefung der sozialen Spaltung in der Gesellschaft. Außerdem wäre damit der Weg in die Zweiklassenmedizin vorgezeichnet.

Die Pläne für die Einführung eines Zusatzbeitrages für einen Einstieg in ein Kapital gedecktes System, wofür nur die Arbeitnehmer zahlen sollen, lehnt der Awo-Kreisverband kategorisch ab. Die Arbeitgeber dürften nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

nach Ansicht von Sigrid Stinn fehlt im Koalitionsvertrag eine klare Aussage zur dringend notwendigen Bekämpfung von Lohn-, Kinder- und Altersarmut. „Es ist nun mal eine Tatsache, dass Lohnarmut zu Kinderarmut führt und letztlich unausweichlich in Altersarmut mündet. Wir befürchten aber, dass die neue Koalition nicht die absolut dringend notwendigen Konsequenzen aus eben dieser Tatsache zieht“, so Boermann.

Insbesondere im Hinblick auf die Armut von zwei Millionen Kindern in Deutschland befürchtet der Kreisverband, dass Kinder, zum Beispiel von Langzeitarbeitslosen, weiter ausgegrenzt werden und sich die Möglichkeit des Zugangs zu Betreuung und Ausbildung von der Kita bis zur Uni für diese Bevölkerungsgruppe weiter verschlechtern wird. Bildung werde somit zu einem nicht mehr für alle zugänglichen Gut, obwohl es ein Grundrecht sei. Somit entstehe eine Spirale der Armut. „Der Sparzwang und die teuren Wahlversprechen für die Wirtschaft sowie für Bessergestellte geben uns Anlass zu der Befürchtung, dass sich die Armutsverhältnisse weiter verfestigen werden“, fürchten Boermann und Stinn.

Im Kampf gegen Minilöhne, von denen selbst in Vollzeit niemand leben könne, müsse eines klar sein: „Wenn Leistung sich lohnen soll, dann muss diese Koalition, insbesondere ja die FDP, sich für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns einsetzen, und das insbesondere auch im Bereich der Pflege. Hier herrschen teilweise unzumutbare Arbeitsbedingungen durch die zunehmende Privatisierung in diesem Bereich, in dem mehr als 800000 Menschen beschäftigt sind. In diesem Zusammenhang nur von dem Verbot von ‘sittenwidrigen’ Löhnen zu sprechen, ist ganz sicher kein konsequenter Schritt in die richtige Richtung“, erklären die beiden AWO-Vertreter.

In seiner Meinung, dass man von Minilöhnen nicht leben kann, sieht sich der AWO-Kreisverband durch einen GN-Bericht bestätigt, in dem berichtet wird, dass die Lingener Tafel immer häufiger feststellt, dass

dort auch Minilohn-Empfänger, die in Vollzeit arbeiten, die Versorgung ihrer Familien mit Dingen des täglichen Bedarfs sicherstellen müssen. „Und das in einem der reichsten Länder der Erde, es ist ein Skandal erster Ordnung“, bemerkt Heinz Boermann.

Stinn und Boermann halten es für wenig solide, wenn die Koalition milliardenschwere Steuersenkungen ankündigt, ohne ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung beizufügen. Das gelte unter anderem für das unter bildungs- und erziehungspolitischen Gesichtspunkten wenig sinnvolle Betreuungsgeld wie auch für die sozial ungerechte Erhöhung des Kinderfreibetrages, von der einkommensstarke Eltern einseitig profitieren.

Die Verkürzung des Zivildienstes auf sechs Monate, so die Awo-Vertreter, stellt die Wohlfahrtsverbände vor große organisatorische Probleme, denn es besteht die Gefahr, dass die Tätigkeiten, die Hauptamtliche nicht leisten können, wie Fahrten zum Arzt, Gartenarbeiten, Spaziergänge oder Durchführen von Spielnachmittagen, nicht mehr angeboten werden können. Hier muss es nach Ansicht der Awo zu Maßnahmen der Regierung kommen, die dieses Problem abmildern, eventuell durch eine Ausweitung des Sozialen Jahres.

„Wir hoffen, dass die Regierungskoalition ihre solidarische Verpflichtung nicht vergisst. Gern würden wir alle Bemühungen der Regierung unterstützen, wenn es ihr nachvollziehbar ernsthaft darum ginge, die Lebensbedingungen der Schwachen in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verbessern“, so Sigrid Stinn und Heinz Boermann.